

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 71

FREITAG, DEN 10. SEPTEMBER

2010

Inhalt:

	Seite		Seite
Informationsveranstaltung zum Bebauungsplan-Entwurf Wilhelmsburg 96 (Korallusviertel)	1585	Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs	1586

BEKANNTMACHUNGEN

Informationsveranstaltung zum Bebauungsplan-Entwurf Wilhelmsburg 96 (Korallusviertel)

Der Stadtplanungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Hamburg-Mitte führen eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Bebauungsplanverfahren Wilhelmsburg 96 – Korallusviertel – durch. Die Veranstaltung mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung findet am 21. September 2010, um 18.30 Uhr in der Staatlichen Gewerbeschule G 18, Dratelnstraße 26, 21109 Hamburg, statt. Einlass ist ab 18.00 Uhr.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfs umfasst die Flächen zwischen der Trasse der Deutschen Bahn im Westen, der Korallusstraße im Osten sowie der Thielenstraße im Süden.



Während der Veranstaltung können alle interessierten Bürgerinnen und Bürger den Entwurf des Bebauungsplans und zusätzliches Anschauungsmaterial einsehen. Es wird eingehend über den Stand der Planungen sowie das Bebauungsplanverfahren informiert. Anregungen und weitere Hinweise zur Planung werden gerne entgegen genommen und diskutiert. Weiterhin werden die nächsten Arbeits- und Verfahrensschritte zum Bebauungsplanverfahren dargestellt.

In Wilhelmsburg besteht eine große Nachfrage nach zusätzlichen Wohnbauflächen in zentraler und verkehrsgünstiger Lage. Entsprechend diesen Anforderungen sollen die Freiflächen westlich Korallusstraße für neues Wohnen im Geschosswohnungsbau (Mehrfamilienhäuser) entwickelt werden. Der Bereich befindet sich in fußläufiger Entfernung zum Zentrum Wilhelmsburg und ist hinsichtlich der bestehenden Infrastruktur und der Erreichbarkeit gut angebunden. Zur Entwicklung dieses Bereichs ist die Schaffung neuen Planungsrechts durch den Bebauungsplan mit der Bezeichnung Wilhelmsburg 96 erforderlich. Die Planungen zur Errichtung von etwa 300 Wohnungen stehen im Kontext mit dem Ziel des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, durch das Nachverdichten von bestehenden Siedlungsstrukturen dringend benötigten Wohnraum in Form von familien- bzw. altersgerechten Eigentums- und Mietwohnungen zu schaffen. Zudem soll im Rahmen der gleichzeitig stattfindenden Internationalen Bauausstellung (IBA) der erneuerte Schulstandort Buddestraße/Koppeltstieg durch das siedlungsstrukturelle Arrondieren des Korallusviertels im Sinne einer „Stadtreparatur“ weiter gestärkt werden.

Auf Basis des Ergebnisses eines kooperativen städtebaulich-architektonischen Gutachterverfahrens aus dem Jahr 2009 wird eine konsequent freiräumliche Lösung für die vom Schienenlärm geschützten Innenbereiche und für die lärmschützende Bebauung verfolgt.

Der Bebauungsplan wird als sog. vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a des Baugesetzbuchs betrieben.

Weitere Informationen zum Bebauungsplan-Entwurf sind im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Kloster-

wall 8, 20095 Hamburg, während der Geschäftszeiten zu erhalten (Telefon: 040/4 28 54 - 33 75).

Hamburg, den 6. September 2010

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

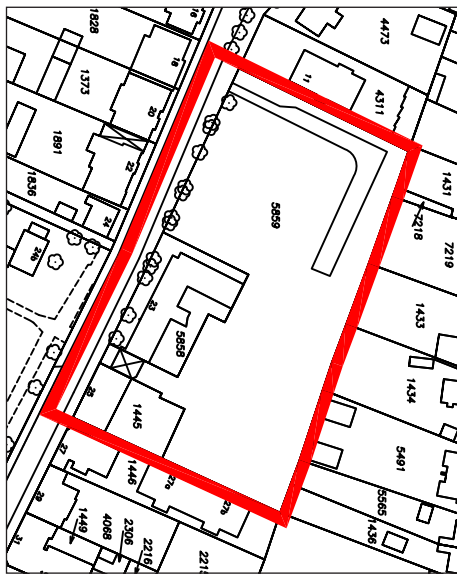
Amtl. Anz. S. 1585

Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs

Das Bezirksamt Bergedorf hat beschlossen, folgenden Bauleitplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585, 2617), öffentlich auszulegen.

Bebauungsplan-Entwurf Bergedorf 107

Bezirk Bergedorf, Ortsteil 602.



Das Plangebiet befindet sich im Bereich Gojenbergsweg 13–25 und wird wie folgt begrenzt: Gojenbergsweg – West-, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 5859 – Ostgrenze des Flurstücks 1445 der Gemarkung Bergedorf.

Durch den Bebauungsplan mit der vorgesehenen Bezeichnung Bergedorf 107 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Wohngebietes geschaffen werden. Vorhandene bauliche Nutzungen sollen planungsrechtlich gesichert werden. Entsprechend soll ein Allgemeines Wohngebiet festgesetzt werden.

Das Bebauungsplanverfahren dient der Innenentwicklung im Sinne von § 13 a Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuchs und wird, da auch die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 des Baugesetzbuchs durchgeführt. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 des Baugesetzbuchs hat stattgefunden.

Der Bebauungsplan-Entwurf (Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 22. September 2010 bis zum 22. Oktober 2010 montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr im Bezirksamt Bergedorf, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Wentorfer Straße 38 a, II. Obergeschoss, Vitrine gegenüber Zimmer 213, 21029 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Entwurf schriftlich oder zur Niederschrift beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts vorgebracht werden. Für Auskünfte und Beratungen stehen die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Fachamtes nach Vereinbarung zur Verfügung (Telefon: 040/4 28 91 - 45 20).

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können unter den Voraussetzungen von § 4 a Absatz 6 des Baugesetzbuchs bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 6. September 2010

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1586

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 igs internationale gartenschau hamburg 2013
 Postanschrift:
 Pollhornbogen 18, 21107 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Bearbeiter: Herr Arne Dainz,
 Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98-57,
 Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98-99,
 E-Mail: Hansjoerg.Wiese@igs-hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 anderen Stellen: siehe Anhang A.II
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 andere Stellen: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers
 und Haupttätigkeit(en)**
 Sonstiges: Internationale Gartenschau
 Hamburg 2013 gmbh
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
 Errichtung der internationalen gartenschau ham-
 burg 2013, Kleingartenpark Hauland 1. Bauab-
 schnitt
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 (a) Bauleistung
 Ausführung
 Hauptausführungsort: Hamburg
 NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Landschaftsbauarbeiten
 Als Ersatz für auf dem zukünftigen Gelände der
 igs internationale gartenschau hamburg 2013
 gmbh überplante Kleingärten ist die Schaffung
 von Ersatz-Kleingartenflächen u.a. dem Klein-
 gartenpark Hauland, vorgesehen. Der Klein-
 gartenpark Hauland soll in drei Bauabschnitten mit

einer Gesamtfläche von rd. 4,9 ha und ca. 95 Par-
 zellen realisiert werden. Die Ausschreibung bein-
 haltet die Arbeiten des 1. Bauabschnittes mit
 einer Realisierung von vorerst 40 Parzellen in 5
 Gartendörfern mit Anlage der Hauptwegeachse
 und des Hauptgrabens. Außerdem sollen im 1.
 BA ein Teil der Bodenaufhöhungen für die Par-
 zellen, deren Herstellung erst im 2.+3. BA
 geplant ist, bereits mit hergestellt werden.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV):
 Hauptgegenstand: 45.21.21.20 -
 Ergänzende Gegenstände: 45.11.27.11 -
 45.11.27.00 -
 45.11.25.00 -
 03.12.00.00 -
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende
 der Auftragsausführung:**
 Beginn: 1. November 2010,
 Ende: 30. November 2013

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT- LICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFOR- MATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
 schriften:
 Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
 Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmäch-
 tigttem Vertreter(in)
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auf-
 tragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
 sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in
 einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 – Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt
 worden ist oder der Antrag mangels Masse
 abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan
 rechtskräftig bestätigt wurde.

- Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
 - Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
 - Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
 - Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
 - Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
 - Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: OV-IGS-308/10
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja, Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABI: 2010/S65-097014 vom 2. April 2010
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 23. September 2010, 11.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 25,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise: Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-308/10 an folgendes Konto:
Empfänger: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA, Kontonummer 375 202 205, BLZ 200 100 20, Geldinstitut: Postbank Hamburg, IBAN DE 2001 0020 03752022 05, BIC PBNKDEFF200 (Hamburg).
Hinweis: Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift Anhang A II senden. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge: 29. September 2010, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 29. Oktober 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
Tag: 29. September 2010, 9.30 Uhr
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**
- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –

- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/
Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor den Vergabekammern unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
6. September 2010

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**
Offizielle Bezeichnung: –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 228
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 231
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): –

Hamburg, den 6. September 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**Bekanntmachung****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
igs internationale gartenschau hamburg 2013
Postanschrift:
Pollhornbogen 18, 21107 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Bearbeiter: Frau Jessica Tag,
Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98-72,
Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98-99,
E-Mail: info@igs-hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
anderen Stellen: siehe Anhang A.II
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
andere Stellen: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
Sonstiges: Internationale Gartenschau
Hamburg 2013 gmbh
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
Errichtung der internationalen gartenschau hamburg 2013, Garten- und Landschaftsbau zur Herstellung der Naturwelten AS 32
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
(a) Bauleistung
Ausführung
Hauptausführungsort: Hamburg
NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Garten- und Landschaftsbauarbeiten
Die „Naturwelten“ befinden sich im südlichen Bereich des Geländes der internationalen gartenschau 2013, eingebettet zwischen den bestehenden Kleingärten des KGV 761 „Im Bauernfelde“ und der Schilflandschaft des angrenzenden § 30 Biotops. Das Vegetations- und Landschaftsbild der angrenzenden Schilf- und Riedlandschaft dient als Gestaltungsrahmen für diese Welt und lässt mit angrenzendem Wasserbiotop einen sukzessiv ruderalen Naturraum entstehen. Diese geschützten Ried- und Wasserflächen sind für

- den Besucher durch im Ried liegende Holzstege zu erleben.
- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 45.21.21.20 -
Ergänzende Gegenstände: 45.11.27.11 -
45.11.27.00 -
45.11.25.00 -
03.12.00.00 -
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 1. November 2010,
Ende: 30. November 2013
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in)
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
– Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
– Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
– Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
- Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
- Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
– Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-IGS-313/10

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja, Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl:
2010/S65-097014 vom 2. April 2010
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:
28. September 2010, 11.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 25,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-313/10 an folgendes Konto:
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA,
Kontonummer 375 202 205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg.
IBAN DE 2001 0020 03752022 05,
BIC PBNKDEFF200 (Hamburg).
Hinweis: Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift Anhang A II senden. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
1. Oktober 2010, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Bis 29. Oktober 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
Tag: 1. Oktober 2010, 9.30 Uhr
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor den Vergabekammern unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
7. September 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**
Offizielle Bezeichnung: –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 228
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 231
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): –

Hamburg, den 6. September 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

912

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
igs internationale gartenschau hamburg 2013
Postanschrift:
Pollhornbogen 18, 21107 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):
 Bearbeiter: Herr Arne Dainz,
 Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98-57,
 Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98-99,
 E-Mail: info@igs-hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 anderen Stellen: siehe Anhang A.II
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 andere Stellen: siehe Anhang A.III

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
 Sonstiges: Internationale Gartenschau
 Hamburg 2013 gmbh
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
 Errichtung der internationalen gartenschau ham-
 burg 2013, Herstellung des Rosenboulevards
 Bereich 33
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 (a) Bauleistung
 Ausführung
 Hauptausführungsort: Hamburg
 NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Landschaftsbauarbeiten
 Der Rosenboulevard, unmittelbar neben der Welt
 der Häfen im Haupteingangsbereich der interna-
 tionalen gartenschau 2013, ist eingebettet zwi-
 schen Rosen- und Tulpenweg in die bestehenden
 Kleingärten des KGV 709 „Grüner Deich“. Hier-
 aus resultiert ein boulevardähnlicher Verlauf zwi-
 schen den vorhandenen Kleingartenstrukturen.
 Die sich hier befindenden gärtnerischen Ausstel-
 lungsflächen der Rosen, bestimmen das Bild und
 geben dem Bereich seinen Namen – Rosenboule-
 vard.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV):
 Hauptgegenstand: 45.21.21.20 -
 Ergänzende Gegenstände: 45.11.27.11 -
 45.11.27.00 -
 45.11.25.00 -
 03.12.00.00 -
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja

- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende
 der Auftragsausführung:**
 Beginn: 1. November 2010,
 Ende: 30. November 2013

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT- LICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFOR- MATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
 schriften:
 Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
 Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmäch-
 tigttem Vertreter(in)
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auf-
 tragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
 sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in
 einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 – Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt
 worden ist oder der Antrag mangels Masse
 abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan
 rechtskräftig bestätigt wurde.
 – Angaben, ob sich das Unternehmen in der
 Liquidation befindet.
 – Angaben, dass nachweislich keine schweren
 Verfehlungen begangen wurden, die die Zuver-
 lässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
 – Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung
 von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge
 zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungs-
 gemäß erfüllt wurde.
 – Angaben, dass das Unternehmen bei der Be-
 rufsgenossenschaft angemeldet ist.
 – Angaben zur Eintragung in das Berufsregister
 ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische
 Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzule-
 gen.
 – Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 – Benennung des Umsatzes des Unternehmens
 jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlos-

senen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

- Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: OV-IGS-312/10

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja, Vorinformation Bekanntmachungsnummer im ABI: 2010/S65-097014 vom 2. April 2010

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

23. September 2010, 11.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 27,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-312/10 an folgendes Konto:

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA,
Kontonummer 375 202 205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg.
IBAN DE 2001 0020 03752022 05,
BIC PBNKDEFF200 (Hamburg).

Hinweis: Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift Anhang A II senden. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

29. September 2010, 10.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 29. Oktober 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 29. September 2010, 10.30 Uhr

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag:** Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen:** –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfverfahrens vor den Vergabekammern unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
3. September 2010

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**
Offizielle Bezeichnung: –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verfügungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 228
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 231
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): –

Hamburg, den 6. September 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

913

Vorinformation

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Postanschrift:
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Bearbeiterin: Frau von der Lippe,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 92,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail:
Nanettvonder.Lippe@LSBG.Hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
Regional- oder Lokalbehörde
Sonstiges:
internationale gartenschau hamburg 2013

ABSCHNITT II.A: AUFTRAGSGEGENSTAND (Bauftrag)

- II.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**
Errichtung der internationalen gartenschau hamburg 2013.
- II.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung**
Hauptausführungsort: Hamburg
NUTS-Code: DE 600
- II.3) **Diese Bekanntmachung betrifft eine Rahmenvereinbarung:** Nein
- II.4) **Kurze Beschreibung der Art und des Umfangs der Bauleistungen:**
Garten- und Landschaftsbau, Tief-, Leitungs- und Wasserbau, Hoch-, Brücken- und Ingenieurbauarbeiten.
Aufteilung in Lose: Ja
- II.5) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45.21.21.20 - 3
- II.6) **Voraussichtlicher Beginn der Vergabeverfahren und Vertragslaufzeit**
Laufzeit: 36 Monate (ab Auftragsvergabe)
- II.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):** Ja
- II.8) **Sonstige Informationen:** –

ABSCHNITT II.B: AUFTRAGSGEGENSTAND (Lieferungen und Dienstleistungen): –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN:

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Vorbehaltene Aufträge: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN:

- VI.1) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.2) **Sonstige Informationen:**
Vergabekammer:
Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39
- VI.3) **Angaben zum Allgemeinen Rechtsrahmen:** –
- VI.4) **Tag der Absendung dieser Vorinformation:**
31. August 2010

ANHANG B ANGABE ZU DEN LOSEN

Los-Nr. 1: Bezeichnung

Garten- und Landschaftsbau

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Bau einer Parklandschaft mit Wegen, vegetationstechnischen Arbeiten und Ausstattungen.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45.11.27.11 - 2
Ergänzende Gegenstände: 45.11.27.00 - 2
45.11.25.00 - 0
03.12.00.00 - 8
45.23.31.61 - 5
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 36 Monate (ab Auftragsvergabe)
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2: Bezeichnung

Konstruktive Bauten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Bau von Brücken, Stegen und Lärmschutzwänden.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45.22.11.10 - 6
Ergänzende Gegenstände: 45.22.11.13 - 7
45.11.11.00 - 9
45.26.22.10 - 6
45.26.23.10 - 7
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 36 Monate (ab Auftragsvergabe)
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 3: Bezeichnung

Leitungsbau

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Bau von Rohrleitungen, Fernmelde- und Stromleitungen.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45.23.10.00 - 5
Ergänzende Gegenstände: 45.23.21.50 - 8
45.23.23.00 - 5
45.23.24.11 - 6
45.23.24.51 - 8
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 36 Monate (ab Auftragsvergabe)
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 4: Bezeichnung

Umbau von Gebäuden

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Umbau des ehemaligen Wasserwerkes in eine gastronomische Einrichtung.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45.26.27.00 - 8
Ergänzende Gegenstände: 45.30.00.00 - 0
45.33.00.00 - 9
45.41.00.00 - 4
45.42.00.00 - 7
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 36 Monate (ab Auftragsvergabe)
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 5: Bezeichnung

Straßenbau

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Um- und Neubau von Straßen inklusive Erdbau.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45.23.31.20 - 6
Ergänzende Gegenstände: 45.23.32.26 - 9
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 36 Monate (ab Auftragsvergabe)
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 15. Juli 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

914

Vorinformation**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Postanschrift:
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Bearbeiter: Herr Mählmann,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 95,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail: dieter.maehlmann@lsbg.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des Auftraggebers (URL):
zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
 Regional- oder Lokalbehörde
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Sonstiges: Straßenbau
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II.A: AUFTRAGSGEGENSTAND (Bauauftrag)

- II.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**
 BAB A 25, Grundinstandsetzung, Bauabschnitt V I, Teil 3.
- II.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung**
 Hauptausführungsort: Hamburg
 NUTS-Code: DE 600
- II.3) **Diese Bekanntmachung betrifft eine Rahmenvereinbarung:** Nein
- II.4) **Kurze Beschreibung der Art und des Umfangs der Bauleistungen:**
 Straßenbau und Entwässerung.
 Aufteilung in Lose: Nein
- II.5) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
 Hauptgegenstand: 45.23.31.00 - 0
 Ergänzende Gegenstände: 45.23.30.00 - 9
 45.23.00.00 - 8
 45.23.32.80 - 5
- II.6) **Voraussichtlicher Beginn der Vergabeverfahren und Vertragslaufzeit**
 Der Vergabeverfahren: –
 Beginn der Bauarbeiten: 15. Mai 2011
 Abschluss der Bauarbeiten: 30. November 2011
- II.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):** Ja
- II.8) **Sonstige Informationen:** –

ABSCHNITT II.B: AUFTRAGSGEGENSTAND (Lieferungen und Dienstleistungen): –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN:

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Vorbehaltene Aufträge: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN:

- VI.1) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** –
- VI.2) **Sonstige Informationen:** –

- VI.3) **Angaben zum Allgemeinen Rechtsrahmen:** –
- VI.4) **Tag der Absendung dieser Vorinformation:**
 27. August 2010

Hamburg, den 27. August 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

915

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Natur- und Ressourcenschutz
 Postanschrift:
 Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Bearbeiter: Knaack,
 Telefon: +49 (0)40 / 4 28 40 - 21 24
 E-Mail: antje.knaack@bsu.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 andere Stellen: siehe Anhang A.II
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 andere Stellen: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
 Regional- oder Lokalbehörde
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Umwelt
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
 „Integrierte Produktpolitik/umweltschonende Produktgestaltung“
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 (c) Dienstleistung
 Dienstleistungskategorie: Nr. 11, 27
 Hauptort der Dienstleistung: Hamburg
 Nuts-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Es ist die Vergabe an einen oder mehrere Dienstleister geplant (losweise Vergabe). Im Rahmen des nachfolgenden Verhandlungsverfahrens erhalten die Bieter die Möglichkeit, für einzelne Lose zu bieten und Bietergemeinschaften zu bilden. Die Lose entsprechen den Positionen a-i.

Im Rahmen eines ERFE geförderten Projektes „Integrierte Produktpolitik – umweltschonende Produktgestaltung“ schreibt die Freie und Hansestadt Hamburg Leistungen zu folgenden Themen aus:

- a. Inhaltlicher Aufbau einer Informationsveranstaltung für die Beratung zur ökologischen Produktgestaltung
- b. Durchführung von Informations-Workshops
- c. Netzwerkmanagement
- d. Netzwerkarbeit
- e. Wettbewerb zur umweltschonenden Produktgestaltung
- f. Ausstellung „Refurbishing-Markt“
- g. Interaktiver Internetauftritt
- h. Pflege Internet
- i. Öffentlichkeitsarbeit

Im Einzelnen sind folgende Leistungen zu erbringen:

- a. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt fördert nachhaltiges Innovationsmanagement bei KMUs durch die Bereitstellung externer Beratungsleistungen. Die Beratungen werden durchgeführt von Industriedesignern und Ingenieurbüros. Den Beratern soll die Möglichkeit gegeben werden ihre detaillierten Fachkenntnisse auf einer ein- bis zweitägigen Informationsveranstaltung um die ökologischen Kenntnisse, die in ein Produktdesign einfließen sollen, zu ergänzen. Hierzu gehören:
 - a.a. Erarbeitung von Inhalten zur Vermittlung der ökologischen Kenntnisse.
 - a.b. Auflistung von Netzwerken, Instituten und Hochschulen mit ihren Arbeitsschwerpunkten und unter Nennung der Ansprechpartner, die sich im Themenbereich „Produktdesign“, Materialkunde, Produktnachhaltigkeit und ressourceneffizientes Produktverfahren bewegen.
 - a.c. Erarbeitung des Adressatenkreises der potentiellen Industriedesigner und Ingenieurbüros deren Organisationsstrukturen und Verbände.
- b. Moderation von Informations-Workshops für Ingenieurbüros und Industriedesigner, die als Multiplikatoren und Berater für umweltschonendes und nachhaltiges Produktgestaltung gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen auftreten inkl. Akquise und Organisationsmanagement.
- c. Ziel ist es, das Thema „Integrierte Produktpolitik mit Schwerpunkt umweltschonende Produktgestaltung“ in Hamburg nachhaltig zu verankern. Hierzu sollen zwei Netzwerke aufgebaut werden. Das erste Netzwerk soll die Kommunikation und Aktivitäten zur

umweltschonenden Produktgestaltung zwischen den wissenschaftlichen Hamburger Einrichtungen fördern. Das zweite Netzwerk soll eine Kommunikationsplattform zwischen der Wissenschaft, der Hamburger Wirtschaft sowie den Ingenieurbüros und Industriedesignern, die als Multiplikatoren/Berater agieren, schaffen.

Gesucht wird ein Dienstleister, der das Netzwerkmanagement (Anfrage von Referenten und Themen, Kontraktabwicklung, Kontaktpflege, Einladungsmanagement, Raumbuchungen und Cateringmanagement) übernimmt.

- d. Gesucht wird eine führende Persönlichkeit, die gute Kenntnisse und vielfältige Kontakte im Wirtschafts- oder Wissenschaftsbereich mitbringt und eine hohe Kompetenz auf dem Feld des Umweltschutzes, der Nachhaltigkeit und der umweltschonenden Produktgestaltung aufweist. Die Person soll verschiedene Hamburger Wirtschaftsgruppen und Wissenschaftsgruppen anregen, sich dem Thema „Integrierte Produktpolitik und umweltschonende Produktgestaltung“ zu öffnen, in einen Ideenaustausch zu treten und das Netzwerk aktiv durch ihre Teilnahme zu unterstützen.
- e. Die Durchführung eines Wettbewerbes mit Prämierung soll Hamburger Unternehmen anregen, sich mit dem Thema umweltschonende Produktgestaltung praxisnah auseinander zu setzen. Hierzu Erforderliche bzw. mögliche Teilleistungen sind:
 - e.a. Für das Bewerbungs- und Bewertungsverfahren des Wettbewerbs zur umweltschonenden Produktgestaltung soll eine online-Plattform eingerichtet, betrieben und unterhalten werden. Hierzu zählen die Betreuung der teilnehmenden Unternehmen und der Jury bei der Handhabung der Plattform. Bei der Plattform registrierte Teilnehmer sollen bestärkt werden, das online-Verfahren anzunehmen und die fachinhaltlichen Fragestellungen komplett und im fundierten Maße auszufüllen.
 - e.b. Organisationsmanagement des Wettbewerbs für Jurysitzung und Abschlussveranstaltung mit Prämierung, z.B. Akquise der Juroren, Einladungsmanagement, Raumbuchungen und Cateringmanagement.
 - e.c. Erstellen eines Kurzfilms zu den prämierten Projekten und Firmen.
- f. Organisation der Ausstellung „Refurbishing-Markt“.

Akquise von Ausstellern, d.h. Unternehmen, die bereits Refurbishing betreiben. Erarbeitung von Präsentationen unter Nutzung verschiedener Medien, Suche und Anmietung eines Ausstellungsraums, Vorbereitung einer Wanderausstellung.
- g. Erstellen einer interaktiven Internetauftritts oder einer Schulungssoftware zum Thema Integrierte Produktpolitik mit zielgruppen-gerechten Anwendungen.

- h. Pflege des Internets, die Seiten der Integrierten Produktpolitik auf dem Klimaportal der Stadt Hamburg www.klima.hamburg.de/ipp im Redaktionssystem Coremedia.
 - i. Öffentlichkeitsarbeit, z.B. Erstellen von Werbeflyern für Punkt e. und f.
Die Erstellung der Flyer kann auch im Rahmen des Zuschlags der Fachaufgabe vergeben werden, wenn der Bieter die Öffentlichkeitsarbeit mit anbietet.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):
Hauptgegenstand: 90.71.00.00 - 7
Ergänzende Gegenstände: 79.95.00.00 - 8
92.11.00.00 - 5
79.34.00.00 - 9
72.41.30.00 - 8
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja
Die Angebote sollten wie folgt eingereicht werden: für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Dauer in Monaten: 36 (ab Vertragsvergabe)

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
Absichtserklärung, in Abhängigkeit vom zu beauftragenden Los eine Haftpflichtversicherung in Höhe von 1,5 Mio. € für Personenschäden, von 500.000 € für sonstige Schäden abzuschließen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem/r Vertreter/in.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen.

Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind vorzulegen. Es wird gebeten die aufgeführte Reihenfolge einzuhalten. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen:

- a) Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberinnen bzw. Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft sind oder ob und auf welche Art sie auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeiten, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen (§ 4 Abs. 2 VOF 2009).
- b) Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 Abs. 9 Buchstabe b) und c) VOF besteht, und dass keine Ausschlussgründe gemäß § 4 VOF vorliegen.
- c) Die Namen und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen (§ 4 Abs. 3 VOF 2009).
- d) Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
- e) Von allen zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bietern ist mit Angebotsabgabe eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben (Formblatt). Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
siehe Nr. III. 1.1

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- a) Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen, die thematisch im direkten Zusammenhang mit dem Bietverfahren des Loses stehen unter Angabe des Rechnungswertes (Honorar), der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen.

- b) Angaben über die Projektleitung (§ 5 Abs. 5 lit. c) VOF 2009).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Name und Qualifikation des Projektleiters, sofern nicht identisch mit III.2.1.c

- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Qualifikation des Personals, einschlägige Erfahrungen.

- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsinformationen

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: ÖT NR2 295/10

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: –

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

- IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

19. Oktober 2010, 9.30 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

19. Oktober 2010, 9.30 Uhr

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein

- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Ja
EFRE

- VI.3) **Sonstige Informationen:** –

- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:

Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland, Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gem. § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
27. August 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**

Offizielle Bezeichnung: siehe I.1)

- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung: –

- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zentrale Vergabeaufsicht – ZVA

Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, Zimmer E 231
20355 Hamburg, Deutschland

ANHANG B ANGABE ZU DEN LOSEN

Los-Nr. 1: Bezeichnung

„Integrierte Produktpolitik / umweltschonende Produktgestaltung“ – Inhaltlicher Aufbau einer Informationsveranstaltung für die Beratung zur ökologischen Produktgestaltung

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt fördert nachhaltiges Innovationsmanagement bei KMUs durch die Bereitstellung externer Beratungsleistungen. Die Beratungen werden durchgeführt von Industriedesignern und Ingenieurbüros. Den Beratern soll die Möglichkeit gegeben werden ihre detaillierten Fachkenntnisse auf einer ein- bis zweitägigen Informationsveranstaltung um die ökologischen Kenntnisse, die in ein Produktdesign einfließen sollen, zu ergänzen. Hierzu gehören:
Erarbeitung von Inhalten zur Vermittlung der ökologischen Kenntnisse.
Auflistung von Netzwerken, Instituten und Hochschulen mit ihren Arbeitsschwerpunkten und unter Nennung der Ansprechpartner, die sich im Themenbereich „Produktdesign“, Materialkunde, Produktnachhaltigkeit und ressourceneffizientes Produktverfahren bewegen.
Erarbeitung des Adressatenkreises der potentiellen Industriedesigner und Ingenieurbüros deren Organisationsstrukturen und Verbände.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 90.71.00.00 - 7
- 3) **Menge oder Umfang: –**
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 2: Bezeichnung

„Integrierte Produktpolitik / umweltschonende Produktgestaltung“ – Durchführung von Informations-Workshops

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Durchführung und Moderation von Informations-Workshops für Ingenieurbüros und Industriedesigner, die als Multiplikatoren und Berater für umweltschonendes und nachhaltige Produktgestaltung gegenüber KMUs auftreten inkl. Akquise und Organisationsmanagement. Die Inhalte des Informations-Workshops werden in Los 1 erarbeitet.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 90.71.00.00 - 7
- 3) **Menge oder Umfang: –**
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 3: Bezeichnung

„Integrierte Produktpolitik / umweltschonende Produktgestaltung“ – Netzwerkmanagement

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Ziel ist es, das Thema „Integrierte Produktpolitik mit Schwerpunkt umweltschonende Produktgestaltung“ in Hamburg nachhaltig zu verankern. Hierzu sollen zwei Netzwerke aufgebaut werden. Das erste Netzwerk soll die Kommunikation und Aktivitäten zur umweltschonenden Produktgestaltung zwischen den wissenschaftlichen Hamburger Einrichtungen fördern. Das zweite Netzwerk soll eine Kommunikationsplattform zwischen der Wissenschaft, der Hamburger Wirtschaft sowie den Ingenieurbüros und Industriedesignern, die als Multiplikatoren / Berater agieren, schaffen.
Gesucht wird ein Dienstleister, der das Netzwerkmanagement (Anfrage von Referenten und Themen, Kontraktabwicklung, Kontaktpflege, Einladungsmanagement, Raumbuchungen und Cateringmanagement) übernimmt.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 90.71.00.00 - 7
- 3) **Menge oder Umfang: –**
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 4: Bezeichnung

Integrierte Produktpolitik / umweltschonende Produktgestaltung – Netzwerkarbeit

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Gesucht wird eine führende Persönlichkeit, die gute Kenntnisse und vielfältige Kontakte im Wirtschafts- oder Wissenschaftsbereich mitbringt und eine hohe Kompetenz auf dem Feld des Umweltschutzes, der Nachhaltigkeit und der umweltschonenden Produktgestaltung aufweist. Die Person soll verschiedene Hamburger Wirtschaftsgruppen und Wissenschaftsgruppen anregen, sich dem Thema „Integrierte Produktpolitik und umweltschonende Produktgestaltung“ zu öffnen, in einen Ideenaustausch zu treten und das Netzwerk aktiv durch ihre Teilnahme zu unterstützen.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 90.71.00.00 - 7
- 3) **Menge oder Umfang: –**
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 5: Bezeichnung

Integrierte Produktpolitik / umweltschonende Produktgestaltung – Wettbewerb zur umweltschonenden Produktgestaltung

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Die Durchführung eines Wettbewerbes mit Prämierung soll Hamburger Unternehmen anregen,

sich mit dem Thema umweltschonende Produktgestaltung praxisnah auseinander zu setzen. Hierzu erforderliche bzw. mögliche Teilleistungen sind:

Für das Bewerbungs- und Bewertungsverfahren des Wettbewerbs zur umweltschonenden Produktgestaltung soll eine online-Plattform eingerichtet, betrieben und unterhalten werden. Hierzu zählen die Betreuung der teilnehmenden Unternehmen und der Jury bei der Handhabung der Plattform. Bei der Plattform registrierte Teilnehmer sollen bestärkt werden, das online-Verfahren anzunehmen und die fachinhaltlichen Fragestellungen komplett und im fundierten Maße auszufüllen.

Organisationsmanagement des Wettbewerbs für Jurysitzung und Abschlussveranstaltung mit Prämiierung, z.B. Akquise der Juroren, Einladungsmanagement, Raumbuchungen und Cateringmanagement, Erstellen eines Kurzfilms zu den prämierten Projekten und Unternehmen.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 90.71.00.00 - 7

Ergänzende Gegenstände: 79.95.00.00 - 8
92.11.00.00 - 5

3) **Menge oder Umfang: –**

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 6: Bezeichnung

„Integrierte Produktpolitik – umweltschonende Produktgestaltung“ - Organisation der Ausstellung „Refurbishing-Markt“

1) **Kurze Beschreibung:**

Organisation der Ausstellung „Refurbishing-Markt“.

Akquise von Ausstellern, d.h. Unternehmen, die bereits Refurbishing betreiben. Erarbeitung von Präsentationen unter Nutzung verschiedener Medien, Suche und Anmietung eines Ausstellungsraums, Vorbereitung einer Wanderausstellung.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 90.71.00.00 - 7

Ergänzende Gegenstände: 79.95.00.00 - 8

3) **Menge oder Umfang: –**

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 7: Bezeichnung

„Integrierte Produktpolitik – umweltschonende Produktgestaltung“ – interaktiver Internetauftritt – Schulungssoftware

1) **Kurze Beschreibung:**

Erstellen eines interaktiven Internetauftritts oder einer Schulungssoftware zum Thema Integrierte Produktpolitik mit zielgruppengerechten Anwendungen

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 90.71.00.00 - 7

Ergänzende Gegenstände: 72.21.29.30 - 7
72.41.30.00 - 8

3) **Menge oder Umfang: –**

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 8: Bezeichnung

„Integrierte Produktpolitik – umweltschonende Produktgestaltung“ – Pflege Internet

1) **Kurze Beschreibung:**

Pflege Internet des Auftritts Integrierte Produktpolitik auf dem Klimaportal der Stadt Hamburg www.klima.hamburg.de/ipp im Redaktionssystem Coremedia

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 72.41.30.00 - 8

3) **Menge oder Umfang: –**

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 9: Bezeichnung

„Integrierte Produktpolitik – umweltschonende Produktgestaltung“ Öffentlichkeitsarbeit, z.B. Erstellen von Werbeflyern für Los 5 und 6 –

1) **Kurze Beschreibung:**

Öffentlichkeitsarbeit, z.B. Erstellen von Werbeflyern für Los 5 und 6.

Die Erstellung der Flyer kann auch im Rahmen des Zuschlags der Fachaufgabe vergeben werden, wenn der Bieter die Öffentlichkeitsarbeit mit anbietet.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 79.34.00.00 - 9

3) **Menge oder Umfang: –**

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Hamburg, den 30. August 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

916

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, Referat 213
Jahres- und Konzernabschluss

Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):

Bearbeiter: Lars Pohl, Arne Trost
E-Mail: Konzernbilanz@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:
Hauptadresse des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/geschaeftsberichte/>

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen: siehe Anhang A.I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

andere Stellen: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

andere Stellen: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Auftrag für die Erstellung eines Gutachtens zur Bewertung der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) auf den 1. Januar 2006, einer Werthaltigkeitsbetrachtung auf den 31. Dezember 2010 sowie der Vorbereitung von folgebilanziellen Werthaltigkeitsbetrachtungen.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(c) Dienstleistung

Dienstleistungskategorie: Nr. 9

Hauptort der Dienstleistung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Nuts-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) hat am 15. August 2006 eine Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2006 vorgelegt. Für das Geschäftsjahr 2007 wurde erstmals auch ein Konzernabschluss aufgestellt. Die HGV, die Holdingorganisation der FHH, die einen Großteil der FHH-Beteiligungen bündelt, wird anhand eines dafür entwickelten Bewertungskonzeptes auf den 1. Januar 2006 neu bewertet. Zum 31. Dezember 2010 soll anhand des Bewertungskonzeptes eine Werthaltigkeitsprüfung der Holdingorganisation durchgeführt werden. Der Wert zum 1. Januar 2006

stellt den Wert der Finanzanlage im Jahresabschluss sowie die Basis für die Kapitalkonsolidierung der HGV im Konzernabschluss der FHH dar. Neben der Gutachtenerstellung zur Bewertung der Finanzanlage HGV wird vom Auftragnehmer ergänzend ein Anwenderhandbuch (Schablone) für die handelsrechtliche Folgebewertung der HGV erstellt und vorgelegt.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 79.20.00.00 - 6

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**

II.1.8) **Aufteilung in Lose: Nein**

II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein**

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang: –**

II.2.2) **Optionen: Nein**

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Dauer: 8 Monate (ab Auftragsvergabe)

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: keine**

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Die Gesamtrechnung ist nach Abschluss der Arbeiten oder als Teilrechnungen an die Bedarfsstelle zu senden. Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach vertragsgemäßer Leistung und Rechnungseingang.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –**

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein**

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Nachweise nach § 6 EG, Abs. 6 lit. c) VOL/A.

Der Bieter hat mit Abgabe seines Angebotes zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit gemäß bzw. analog § 6 EG Absatz 6 lit. c) VOL/A eine Eigenerklärung abzugeben. Ein Angebot kann von der Wertung ausgeschlossen werden, wenn die Erklärung nicht rechtzeitig vorgelegt wird oder unzutreffende Erklärungen abgegeben werden. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 105 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft.

Ausländische Bieter haben auf Verlangen eine gleichwertige Bescheinigung von Gerichts- oder

- Verwaltungsbehörden ihres Herkunftslandes vorzulegen.
- Darstellung des Unternehmens sowie Vorweisen des Unternehmensorganigramms, aus dem auch die Tätigkeiten und die verantwortlichen Personen ersichtlich sind (Funktionsorganigramm).
- Aktuelle Nachweise über die vollständige Einrichtung von Steuern (Unbedenklichkeitsbescheinigung zum Nachweis der steuerlichen Zuverlässigkeit bzw. Bescheinigung in Steuer-sachen) und Beiträgen zur Sozialversicherung, nicht älter als drei Monate.
- Erklärung, dass für das Unternehmen kein Insolvenzverfahren oder eine vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet bzw. die Eröffnung weder beantragt noch dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
- Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Erklärung über den Gesamtumsatz, die Eigenkapitalentwicklung und -rendite in den letzten drei Geschäftsjahren, getrennt nach Jahren.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
- Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Bescheinigung über das Vorliegen eines anerkannten Qualitäts-Managementsystems (ISO-Zertifizierung oder gleichwertig).
- Angaben über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen.
- Angaben zu der Organisationsstruktur des Unternehmens: die Anzahl der für den Auftrag verfügbarer Mitarbeiter sowie deren Verbleib im Unternehmen bis zur Auftrags erledigung sowie Angaben über die Qualifikation und Erfahrung der mit dem Auftrag befassten Mitarbeiter.
- Bisher durchgeführte Leistungen vergleichbarer Bedeutung und Komplexität der letzten drei Jahre. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind Bezeichnung des Auftrages, Auftragsumfang, Auftraggeber, Auftragsjahr und -dauer zu nennen.
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja
- Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: IDW S 1 Tz. 174 ff.
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
- Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: 2010000083
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
- Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 11. Oktober 2010, 14.00 Uhr
- Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
- Preis: 5,- Euro
- Zahlungsbedingungen und -weise:
- Die Ausschreibungsunterlagen können schriftlich bei der Finanzbehörde Hamburg, Hauptgeschäftsstelle, Postgirokonto Hamburg, Kontonummer 391 336-206, BLZ 200 100 20, unter dem Kennwort Ausschreibung Nr. 2010000083 angefordert oder werktags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr in Zimmer 100 eingesehen oder erworben werden.
- IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge: 18. Oktober 2010, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 30. Oktober 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/
Rechtsbehelfsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland,
Telefon: 040/4 28 23 - 14 48
Telefax: 040/4 28 23 - 20 20
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland,
Telefon: 040/4 28 23 - 14 48
Telefax: 040/4 28 23 - 20 20
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
26. August 2010

**ANHANG A
SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde,
Einkaufs- und Ausschreibungsdienste
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen Herrn Michael Aumann
Telefon: 040/4 28 23 - 16 99
Telefax: 040/4 28 23 - 13 84
E-Mail: michael.aumann@fb.hamburg.de
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verbindungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, Hauptgeschäftsstelle
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen Herrn Witte
Telefon: 040/4 28 23 - 13 80
Telefax: 040/4 28 23 - 14 02
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind: –**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, Hauptgeschäftsstelle
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen Herrn Witte
Telefon: 040/4 28 23 - 13 80
Telefax: 040/4 28 23 - 14 02

Hamburg, den 26. August 2010

Die Finanzbehörde

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71 a K 198 und 199/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Anita-Sellenschloh-Ring 9–16, 18, 20, 22, 24, Lerchensporn 1–6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, Im Sonnentau 1–8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32 Königsfarn 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15 belegene, im Grundbuch von Langenhorn a) Blatt 12 500, b) Blatt 12 656 eingetragene Miteigentumsanteil an den insgesamt 17 185 m² großen Flurstücken 10 363, 10 367 und 10 362, durch das Gericht versteigert werden.

Im einzelnen handelt es sich um a) 70,32/10 000 Miteigenumsanteile, verbunden mit dem Sondereigentum Quartier 2 in Haus 3 an dem Reihen-Maisonette-Haus und dem Keller und dem Sondernutzungsrecht an dem Garten im Austeilungsplan mit Nummer 2.3.4. bezeichnet. Postalische Anschrift Lerchensporn 44. Die Wohnung liegt im Keller-, Erd- und Obergeschoss des Gebäudes. Die Wohnfläche von etwa 102,75 m² verteilt sich auf Flur, Abstellraum, Keller, vier Zimmer, Küche, Badezimmer mit Dusche und Badewanne, Gäste-WC sowie Terrasse. Baujahr etwa 2001. Beheizung und Warmwasser über Fernwärme; b) 8,42/10 000 Miteigentumsanteile, verbunden mit dem Sondereigentum Quartier 2, Tiefgarage unter Haus 14 an dem Stellplatz Nummer 45. Wohnung und Stellplatz sollen eigengenutzt sein.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG zu a) je 1/2 Anteil: 103 000,- Euro, insgesamt zu a) 206 000,- Euro. Zu b) je 1/2 Anteil: 6250,- Euro, insgesamt zu b) 12 500,- Euro. Insgesamt a) und b) 218 500,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 4. November 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 4. September 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur

Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

918

71 o K 22/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Baselsweg 8–14, Kieler Straße 350–356 a belegene, im Grundbuch von Stellingen Blatt 8049 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 15 320/1 000 000 Miteigentumsanteilen an dem 5435 m² großen Flurstück 1072, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nummer 15 sowie dem Sondernutzungsrecht an dem Kellerraum Nummer 17 und der Gartenfläche S12, durch das Gericht versteigert werden.

Die 2-Zimmer-Wohnung mit Küche, Diele, Bad, Balkon, Abstell- und Kellerraum. (Wohnfläche etwa 56,91 m²) liegt im Erdgeschoss rechts des Hauses Kieler Straße 354. Baujahr 1957; Gas-Zentralheizung; Innenbeheizung wurde dem Gutachter nicht ermöglicht; vermutlich selbstgenutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 68 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 9. November 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. März 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungs-

termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

919

71 l K 23/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Carl-Cohn-Straße 68 belegene, im Grundbuch von Alsterdorf Blatt 2496, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1284/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 531 m² großen Flurstück 337, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 6, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 2 Zimmer Wohnung befindet sich in einem voll unterkellerten Mehrfamilienwohnhaus mit 6 Wohneinheiten. Die Wohnfläche beträgt etwa 51,1 m². Die Wohnung verfügt über Isolierglasfenster und elektrische Fußbodenheizung. Warmwasser erfolgt über Durchlauferhitzer.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 85 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 10. November 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 24. März 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur

Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 10. September 2010

Das Amtsgericht, Abt. 71
920

Zwangsversteigerung

802 K 80/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Timmkoppel 18 belegene, im Grundbuch von Hummelsbüttel Blatt 5061 eingetragene 1010 m² große Grundstück (Flurstück 1223), durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um ein eingeschossiges, voll unterkellertes Einfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, Walmdach. Garagenanbau nördlich am Gebäude, darunter im Kellergeschoss befindet sich ein Schwimmbad. Wohnfläche etwa 201 m² zuzüglich Veranda und Terrassenfläche; im Keller ein ausgebauter Raum mit etwa 38,50 m² Grundfläche. Baujahr des Gebäudes etwa 1972/73, Bauwerk in gepflegtem Zustand, allgemein gehobene Ausstattung, wie z.B. offener Kamin, Alarmanlage, Kellerbar. Instandsetzungsbedarf des Schwimmbades, mittelfristig notwendige Erneuerung der Heizungsanlage. Das Objekt wird vom Eigentümer genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 469 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 16. November 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 8. Dezember 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

921

802 K 17–19/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Hamburg, Edwin-Scharff-Ring 32/46, 58/80 belegenen, in den Grundbüchern von Steilshoop Blatt 1714, Blatt 1726 und Blatt 1730 eingetragenen Wohnungseigentumsrechte, bestehend aus a) 6039/1 702 909 Miteigentumsanteilen; b) 6065/1 702 909 Miteigentumsanteilen; c) 6065/1 702 909 Miteigentumsanteilen an dem 22 670 m² großen Flurstück 565, verbunden mit dem Sondereigentum a) an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 69; b) an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 81; c) an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 85 des Aufteilungsplanes, durch das Gericht versteigert werden.

Alle drei Wohnungen befinden sich in einer 1972 erbauten, voll unterkellerten, vier- bis zehngeschossigen, ringförmigen Mehrfamilienwohnanlage mit 20 Hauseingängen und Innenhofanlage. Anstehende Sanierungsarbeiten am gemeinschaftlichen Eigentum. Es handelt sich jeweils um 2-Zimmer-Wohnungen mit Balkon und 60 m² Wohnfläche, die alle zur Zeit der Gutachterstellung vermietet waren.

a) 802 K 17/09: 2. Obergeschoss links des Gebäudeteils Edwin-Scharff-Ring 80.

b) 802 K 18/09: Erdgeschoss links des Gebäudeteils Edwin-Scharff-Ring 76.

c) 802 K 19/09: 2. Obergeschoss links des Gebäudeteils Edwin-Scharff-Ring 76.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG zu a) 51 000,- Euro bzw. 25.500,-

Euro je hälftigen Miteigentumsanteil. Zu b) 56 000,- Euro bzw. 28 000,- Euro je hälftigen Miteigentumsanteil. Zu c) 59 000,- Euro bzw. 29 500,- Euro je hälftigen Miteigentumsanteil.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 17. November 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 20. Juli 2009 bzw. 21. Juli 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 10. September 2010

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek
Abteilung 802

922

Zwangsversteigerung

902 K 39/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Schrötteringsweg 9, 11 belegene, im Grundbuch von Uhlenhorst Band 171 Blatt 5674 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 3334/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 1597 m² großen Flurstück 890, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumlichkeiten, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer 1, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete etwa 135,40 m² große 5-Zimmer-Wohnung befindet sich im Souterrain eines ursprünglich etwa im

Jahre 1910 errichteten Mehrfamilienwohnhauses, Hauseingang Schrötteringsweg 9. Das Verkehrswertgutachten erfolgte ohne Innenbesichtigung. Das Objekt steht unter Zwangsverwaltung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 400 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 17. November 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 27. April 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 10. September 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

923

Zwangsversteigerung

417 K 1/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll durch das Gericht versteigert werden das im Grundbuch von Lohbrügge Blatt 4609 eingetragene Wohnungseigentum (560/10 000 Miteigentumsanteil am Flurstück 1450, 1600 m², verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer 2.2 bezeichneten Wohnung nebst Keller Nummer 9 und

Garage Nummer 7) Lohbrügger Landstraße 153.

Das Grundstück ist 1981 bebaut worden mit einem Mehrfamilienhaus, 4 Vollgeschosse mit Flachdach und Vollkeller; 18 Wohneinheiten verteilt auf 2 Hauseingänge, 18 Stellplätze. Recht guter Modernisierungs-/Instandhaltungszustand. Wohnung hat 3 Zimmer mit Küche, Bad, DuschWC, Loggia mit etwa 83 m² Wohnfläche; Wärme-/Wasserversorgung über Gaszentralheizung. Wohnung ist vermietet. Nettokaltmiete 817,98 Euro; Wohngeld 264,- Euro mtl.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 117 000,- Euro.

Versteigerungstermin am **Dienstag, den 26. Oktober 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das Gutachten zum Verkehrswert kann vormittags, Zimmer 311/312, eingesehen werden.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10 % des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Der Versteigerungsvermerk ist am 13. Januar 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der betreibende Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des oben angegebenen Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Weitere Informationen im Internet unter www.zvg.com

Hamburg, den 10. September 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417

924

Zwangsversteigerung

541 K 8/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22609 Hamburg, Julius-Brecht-Straße 7 belegene, im Wohnungsgrundbuch von Osdorf Blatt 6807 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 425/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 5480 m² großen Grundstück (Flurstück 2749) verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer 187 bezeichneten Wohnung, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Die vermietete Wohnung ist im 18. Obergeschoss, südliche Hausseite, des im Jahre 1966 errichteten Gebäudes belegen und hat nach dem Wertgutachten vom 3. Juni 2010 eine Größe von etwa 33 m². Die Wohnung besteht aus 1 Zimmer, Kochnische, Flur, WC/Dusche und Balkon. Das Haus liegt in unmittelbarer Nähe des Elbe-Einkaufs-Zentrums. Das monatliche Wohngeld beträgt 162,- Euro; die Kaltmiete 209,14 Euro.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Februar 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 40 000,- Euro, Einheitswert 17 200,- DM.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 11 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com, und www.zvhh.de

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 12. November 2010, 9.30 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widri-

genfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 10. September 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese**

Abteilung 505

925

Zwangsversteigerung

717 K 72/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Holzmühlenstraße 78a belegene, im Grundbuch von Wandsbek Blatt 5209 eingetragene 1247 m² große Grundstück (Flurstück 245), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem eingeschossigen, teilunterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebauten Dachgeschoss und Einliegerwohnung bebaut. Errichtung des Gebäudes 1961. Die Gesamtwohnfläche beträgt etwa 284 m² wovon etwa 95 m² auf die Einliegerwohnung entfallen. Heizung und Warmwasserversorgung über Gaszentralheizung bzw. Kombigastherme. Es besteht ein erheblicher Unterhaltungsstau und Renovierungsbedarf. Die Einliegerwohnung war zum Zeitpunkt des Orts-

termins vermietet, die andere Wohnung wird vom Verfahrensschuldner zu Wohnzwecken genutzt. Das Objekt befindet sich im Geschäftsgebiet; demnach dürfte eine Neubebauung mit einem zweigeschossigen Geschäftsgebäude zulässig sein. Da das Grundstück im Altlastenkataster als Altablagungsfläche geführt wird, wird Interessenten die Einsicht in das Gutachten empfohlen.

Verkehrswert = Liquidationswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 185 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 17. November 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 115, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/428 81 - 27 07/- 21 75. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. November 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 10. September 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

926